

Protokoll 45. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 12. April 2023, 17.00 Uhr bis 19.32 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Matthias Probst (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretär Simon Kälin-Werth (Grüne)

Anwesend: 118 Mitglieder

Abwesend: Walter Angst (AL), Snezana Blickenstorfer (GLP), Dr. David Garcia Nuñez (AL),
Nicole Giger (SP), Anthony Goldstein (FDP), Dr. Frank Rühli (FDP), Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste
folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2023/160](#) * Weisung vom 29.03.2023: VTE
Entsorgung + Recycling Zürich, Fernwärme, Erschliessung
Quartierplan Nr. 470 Seebacherstrasse ans Fernwärmenetz
Zürich-Nord, neue einmalige Ausgaben
3. [2023/162](#) * Weisung vom 29.03.2023: VTE
Tiefbauamt, Quartierverbindung Seebach, Steffenstrasse bis
Seebacherplatz, Zusatzkredit; Bericht und Abschreibung einer
Motion
4. [2023/163](#) * Weisung vom 29.03.2023: VS
Dringliches Postulat von Vera Ziswiler und Alan David Sangines
betreffend Bericht über mögliche Massnahmen für einen
erleichterten Zugang zur Sozialhilfe und zu Personengruppen,
die trotz Anspruch keine Sozialhilfe beziehen; Dringliches
Postulat von Alan David Sangines und Vera Ziswiler betreffend
Bericht über Massnahmen zur Verbesserung der Situation von
armutsbetroffenen und armutsgefährdeten Erwerbstätigen;
Postulat von Katharina Prelicz-Huber und Vera Ziswiler
betreffend Erhöhung des Grundbedarfs in der Sozialhilfe,
Bericht und Abschreibungen
5. [2023/164](#) * Weisung vom 29.03.2023: VS
Postulat von Natalie Eberle, Katharina Prelicz-Huber und
19 Mitunterzeichnenden betreffend Bericht über die Umsetzung
der UNO-Kinderrechtskonvention, Bericht und Abschreibung

- | | | | | |
|-----|---------------------------------|----------|--|-----|
| 6. | <u>2023/146</u> | *
E | Postulat von David Ondraschek (Die Mitte), Rahel Habegger (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 22.03.2023:
Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in akuten psychischen Notlagen | VSS |
| 7. | <u>2023/166</u> | *
E | Postulat von Jehuda Spielman (FDP), Mélissa Dufournet (FDP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 29.03.2023:
Vereinigung des Aegerten-Spielplatzes mit dem Park an der Erlachstrasse/Weststrasse/Werdstrasse unter Aufhebung des trennenden Zwischenstücks der Aegertenstrasse | VTE |
| 8. | <u>2023/168</u> | *
E | Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 29.03.2023:
Droge Crack, Verhinderung der Ausbreitung durch Massnahmen in der Sozialarbeit, Prävention und Polizeiarbeit | VGU |
| 9. | <u>2022/665</u> | *
A | Postulat von Michele Romagnolo (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 14.12.2022:
Öffnung der fünf Regionalwachen der Polizei rund um die Uhr nach dem Bezug der Überstunden | VSI |
| 10. | <u>2023/143</u> | *
A/P | Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 22.03.2023:
Sichere ebenerdige Querung an der Thurgauerstrasse im Bereich des Schulhauses | VTE |
| 11. | <u>2023/148</u> | *
E/A | Postulat von Andreas Egli (FDP) und Sabine Koch (FDP) vom 22.03.2023:
Passerelle zur sicheren Querung der Thurgauerstrasse für Kindergarten- und Schulkinder | VTE |
| 12. | <u>2023/149</u> | *
E/A | Postulat von Moritz Bögli (AL), Felix Moser (Grüne) und 9 Mitunterzeichnenden vom 22.03.2023:
Realisierung einer sicheren Querung der Thurgauerstrasse mittels einer provisorischen Passerelle bis zur Umsetzung einer sicheren ebenerdigen Querung für die Schulkinder | VTE |
| 13. | <u>2022/671</u> | | Weisung vom 21.12.2022:
Gesundheits- und Umweltdepartement, Pilotprojekt zur Schliessung der Lücken in der Palliative Care-Versorgung, Bericht | VGU |
| 14. | <u>2023/3</u> | | Weisung vom 11.01.2023:
Postulat von Marion Schmid und Marcel Savarioud betreffend Auswertung der Handhabung und der Auswirkungen der Corona-Pandemie in den städtischen Alters- und Pflegezentren, Bericht und Abschreibung | VGU |
| 15. | <u>2022/457</u> | E/A | Postulat von Islam Alijaj (SP) und Anna Graff (SP) vom 21.09.2022:
Unterstützung des Gewerbes mit einem eCargo-Bonus beim Umstieg von fossil betriebenen Fahrzeugen auf klimaverträgliche eCargo-Bikes | VGU |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|---|-----|
| 16. | 2022/532 | E/A | Postulat von Rahel Habegger (SP), Selina Walgis (Grüne) und 20 Mitunterzeichnenden vom 02.11.2022:
«Massnahmenplan Kreislaufwirtschaft und soziale Innovation» mit konkreten Massnahmen zur aktiven Förderung von Projekten sowie zum weiteren Ausbau entsprechender Initiativen | VGU |
| 17. | 2022/535 | E/A | Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) vom 02.11.2022:
Senkung der Treibhausgasemissionen im Bereich des Textilien-Konsums pro Kopf | VGU |
| 18. | 2022/539 | E/A | Postulat von Jürg Rauser (Grüne) und Yves Henz (Grüne) vom 02.11.2022:
Prüfung sämtlicher Verbrauchsmaterialien und Beschaffungen auf ihre Langlebigkeit und stoffliche Wiederverwertbarkeit sowie Umsetzung des Kreislaufprinzips in den städtischen Institutionen und Stiftungen | VGU |
| 19. | 2022/566 | E/A | Postulat von Julia Hofstetter (Grüne) und Patrick Tscherrig (SP) vom 16.11.2022:
Angebot in den städtischen Verpflegungsbetrieben, Festlegung von pflanzenbasierten Menüs mit guter Ökobilanz als Standardoption | VGU |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

1680. 2023/115 Ratsmitglied Alan David Sangines (SP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Alan David Sangines (SP 9) auf den 12. April 2023 bekannt und würdigt seine Amtstätigkeit.

1681. 2023/159 Ratsmitglied Sandra Bienek (GLP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Sandra Bienek (GLP 4+5) auf den 9. Mai 2023 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

1682. 2023/146**Postulat von David Ondraschek (Die Mitte), Rahel Habegger (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 22.03.2023:
Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in akuten psychischen Notlagen**

David Ondraschek (Die Mitte) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 19. April 2023 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1683. 2023/197**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 12.04.2023:
Sechster Sachstandsbericht des UN-Weltklimarats**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Julia Hofstetter (Grüne) folgende Fraktions-
erklärung:

UN-WELTKLIMARAT WARNT – HANDLUNGSDRINGLICHKEIT ERLAUBT KEIN «ZU LANGSAM» MEHR

Der Sechste Sachstandsbericht des UN-Weltklimarates ist da. Der als Zusammenfassung des gesamten Bewertungszyklus dienende Synthesebericht wurde in Interlaken der Öffentlichkeit vorgestellt. Verfasst wurde der Bericht von rund 800 Autor:innen, die über mehrere Jahre mehr als 100.000 Studien auswerteten und in einem mehrstufigen Peer-Review-Verfahren über 300.000 Kommentare von Gutachter:innen berücksichtigten.

Der Bericht zeigt, der Zeitdruck ist hoch. Die führenden Wissenschaftler:innen weltweit sagen, es ist schlimm. Aber es ist nicht zu spät. Nur blöd und fatal, dass wir uns verzetteln. Dass wir als Gesellschaft gefangen sind, in einem Denken, das die Krise noch weiter verstärkt. Das ist der Konsens des Weltklimarates. Es ist die Verantwortung der Politik, dass wir diese komplexeste aller Krisen nicht mit platten Sprüchen und festgefahrenen Positionen abhandeln. Es ist die Verantwortung der Politik, dass wir nicht unsere Zeit auf Nebenschauplätzen verträdeln. Es ist die Verantwortung der Politik, dass wir uns mit der Wissenschaft befassen, um Lösungen für diese lebensbedrohliche Krise zu finden. Wie wir uns bisher mit dieser Krise befassen, ist Teil der Krise, denn die Klimakrise ist auch eine gesellschaftliche Krise, ist auch eine kulturelle Krise. Das ist offensichtlich und ebenfalls Konsens des Weltklimarates. Die Antworten auf die Klimakrise müssen tiefgreifend sein.

Es sollte Pflicht für jede Politikerin und jeden Politiker sein, diesen IPCC-Bericht zu lesen. Ohne dieses Wissen sollte kein Entscheid gefällt, kein Vorstoss geschrieben werden. Der Weltklimarat schätzt im jetzigen sechsten Sachstandsbericht die Risiken für Extremereignisse bei einer bestimmten Erwärmung nun deutlich grösser ein als im letzten Berichtszyklus. Das bedeutet, dass ganz allgemein Klimarisiken früher eintreten und grösser sind als zuvor angenommen und dass Handeln sehr, sehr dringlich geworden ist.

Es sind diese nächsten Jahre, die entscheiden, ob wir mit der Jugend solidarisch sind und ob wir unsere Lebensgrundlage sichern. Jeder Tag, jeder Entscheid ist wichtig. Auch hier bei uns im Gemeinderat. Es gilt, jede Weisung auf ihre Klimaverträglichkeit zu überprüfen. Diese Verantwortung haben wir alle. Schliesslich haben wir breit abgestützt Ja zu Netto-Null gesagt. Jetzt gilt es auch Ja zu den Massnahmen zu sagen.

Auf nationaler Ebene haben wir am 18. Juni eine Möglichkeit, die Schweiz mit mehr Tempo auf Kurs zu bringen. Das Ja zum Klimaschutz-Gesetz heisst Verantwortung zu übernehmen. Das Zeitfenster, in dem das Klimachaos begrenzt werden kann, schliesst sich rasch. Der Weltklimarat hat viele Klimalösungen identifiziert. Ein grosses Potenzial haben Massnahmen, um die Nachfrage zu verändern. So können wir aus dem Sachstandsbericht des Weltklimarats herauslesen, dass zum Beispiel durch einen klimafreundlichen Ernährungsstil bis 2050 44% weniger Treibhausgase ausgestossen werden als bei unveränderter Nachfrage, bei den Gebäuden sind es 66%, bei der Elektrizität 73% und beim Transport zu Land 67%. Wir haben vor einem Jahr das Netto-Null-Ziel beschlossen. Nun müssen wir die Massnahmen vorantreiben. Gemeinsam. Schnell. Wirksam. Wir fordern auch explizit den Stadtrat dazu auf, sich in allen Departementen wirksam zu engagieren. Mit Wirkung über die Stadtgrenze hinaus.

G e s c h ä f t e**1684. 2023/160****Weisung vom 29.03.2023:****Entsorgung + Recycling Zürich, Fernwärme, Erschliessung Quartierplan Nr. 470 Seebacherstrasse ans Fernwärmenetz Zürich-Nord, neue einmalige Ausgaben**

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Zirkularbeschluss der Geschäftsleitung vom 11. April 2023

1685. 2023/162**Weisung vom 29.03.2023:****Tiefbauamt, Quartierverbindung Seebach, Steffenstrasse bis Seebacherplatz, Zusatzkredit; Bericht und Abschreibung einer Motion**

Zuweisung an die SK SID/V gemäss Zirkularbeschluss der Geschäftsleitung vom 11. April 2023

1686. 2023/163**Weisung vom 29.03.2023:****Dringliches Postulat von Vera Ziswiler und Alan David Sangines betreffend Bericht über mögliche Massnahmen für einen erleichterten Zugang zur Sozialhilfe und zu Personengruppen, die trotz Anspruch keine Sozialhilfe beziehen; Dringliches Postulat von Alan David Sangines und Vera Ziswiler betreffend Bericht über Massnahmen zur Verbesserung der Situation von armutsbetroffenen und armutsgefährdeten Erwerbstätigen; Postulat von Katharina Prelicz-Huber und Vera Ziswiler betreffend Erhöhung des Grundbedarfs in der Sozialhilfe, Bericht und Abschreibungen**

Zuweisung an die SK SD gemäss Zirkularbeschluss der Geschäftsleitung vom 11. April 2023

1687. 2023/164**Weisung vom 29.03.2023:****Postulat von Natalie Eberle, Katharina Prelicz-Huber und 19 Mitunterzeichnenden betreffend Bericht über die Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention, Bericht und Abschreibung**

Zuweisung an die SK SD gemäss Zirkularbeschluss der Geschäftsleitung vom 11. April 2023

1688. 2023/146**Postulat von David Ondraschek (Die Mitte), Rahel Habegger (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 22.03.2023:****Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in akuten psychischen Notlagen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1689. 2023/166

Postulat von Jehuda Spielman (FDP), Mélissa Dufournet (FDP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 29.03.2023:

Vereinigung des Aegerten-Spielplatzes mit dem Park an der Erlachstrasse/Weststrasse/Werdstrasse unter Aufhebung des trennenden Zwischenstücks der Aegertenstrasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1690. 2023/168

Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 29.03.2023: Droge Crack, Verhinderung der Ausbreitung durch Massnahmen in der Sozialarbeit, Prävention und Polizeiarbeit

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Moritz Bögli (AL) stellt namens der AL-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1691. 2022/665

Postulat von Michele Romagnolo (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 14.12.2022: Öffnung der fünf Regionalwachen der Polizei rund um die Uhr nach dem Bezug der Überstunden

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Michele Romagnolo (SVP) vom 5. April 2023 (vergleiche Beschluss-Nr. 1632/2023)

Die Dringlicherklärung wird von 12 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1692. 2023/143**Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 22.03.2023:
Sichere ebenerdige Querung an der Thurgauerstrasse im Bereich des
Schulhauses**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Heidi Egger (SP) vom 5. April 2023 (vergleiche Beschluss-Nr. 1631/2023)

Die Dringlicherklärung wird von 97 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1693. 2023/148**Postulat von Andreas Egli (FDP) und Sabine Koch (FDP) vom 22.03.2023:
Passerelle zur sicheren Querung der Thurgauerstrasse für Kindergarten- und
Schulkinder**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Andreas Egli (FDP) vom 5. April 2023 (vergleiche Beschluss-Nr. 1633/2023)

Die Dringlicherklärung wird von 99 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1694. 2023/149**Postulat von Moritz Bögli (AL), Felix Moser (Grüne) und 9 Mitunterzeichnenden
vom 22.03.2023:
Realisierung einer sicheren Querung der Thurgauerstrasse mittels einer provisori-
schen Passerelle bis zur Umsetzung einer sicheren ebenerdigen Querung für die
Schulkinder**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Moritz Bögli (AL) vom 5. April 2023 (vergleiche Beschluss-Nr. 1630/2023)

Die Dringlicherklärung wird von 101 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1695. 2022/671**Weisung vom 21.12.2022:
Gesundheits- und Umweltdepartement, Pilotprojekt zur Schliessung der Lücken in
der Palliative Care-Versorgung, Bericht**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Vom Bericht über die Umsetzung der dreijährigen Pilotphase (sowie die Verlängerung der Pilotphase zur Weiterführung von Massnahme 5) wird Kenntnis genommen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Florine Angele (GLP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Schlussabstimmung

Die SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Florine Angele (GLP), Referentin; Präsidentin Marion Schmid (SP), Vizepräsident David Ondraschek (Die Mitte), Sanija Ameti (GLP) i. V. von Martina Novak (GLP), Moritz Bögli (AL), Nadina Diday (SP), Julia Hofstetter (Grüne), Thomas Hofstetter (FDP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) i. V. von Walter Anken (SVP), Dafi Muharemi (SP), Tiba Ponnuthurai (SP), Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Vom Bericht über die Umsetzung der dreijährigen Pilotphase (sowie die Verlängerung der Pilotphase zur Weiterführung von Massnahme 5) wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 19. April 2023

1696. 2023/3

Weisung vom 11.01.2023:

Postulat von Marion Schmid und Marcel Savarioud betreffend Auswertung der Handhabung und der Auswirkungen der Corona-Pandemie in den städtischen Alters- und Pflegezentren, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Handhabung und Auswirkungen der Corona-Pandemie in den Alters- und Pflegezentren der Stadt Zürich (Beilage, Fassung vom 16. Dezember 2022) wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2021/6, von Marion Schmid (SP) und Marcel Savarioud (SP) vom 6. Januar 2021 betreffend Auswertung der Handhabung und Auswirkungen der Corona-Pandemie in den städtischen Alters- und Pflegezentren wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Präsidentin Marion Schmid (SP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Präsidentin Marion Schmid (SP), Referentin; Vizepräsident David Ondraschek (Die Mitte), Sanija Ameti (GLP) i. V. von Martina Novak (GLP), Florine Angele (GLP), Moritz Bögli (AL), Nadina Diday (SP), Julia Hofstetter (Grüne), Thomas Hofstetter (FDP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) i. V. von Walter Anken (SVP), Dafi Muharemi (SP), Tiba Ponnuthurai (SP), Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 116 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Präsidentin Marion Schmid (SP), Referentin; Vizepräsident David Ondraschek (Die Mitte), Sanija Ameti (GLP) i. V. von Martina Novak (GLP), Florine Angele (GLP), Moritz Bögli (AL), Nadina Diday (SP), Julia Hofstetter (Grüne), Thomas Hofstetter (FDP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) i. V. von Walter Anken (SVP), Dafi Muharemi (SP), Tiba Ponnuthurai (SP), Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 116 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Handhabung und Auswirkungen der Corona-Pandemie in den Alters- und Pflegezentren der Stadt Zürich (Beilage, Fassung vom 16. Dezember 2022) wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2021/6, von Marion Schmid (SP) und Marcel Savarioud (SP) vom 6. Januar 2021 betreffend Auswertung der Handhabung und Auswirkungen der Corona-Pandemie in den städtischen Alters- und Pflegezentren wird als erledigt abgeschlossen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 19. April 2023

1697. 2022/457

Postulat von Islam Alijaj (SP) und Anna Graff (SP) vom 21.09.2022: Unterstützung des Gewerbes mit einem eCargo-Bonus beim Umstieg von fossil betriebenen Fahrzeugen auf klimaverträgliche eCargo-Bikes

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltschutzamts namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Islam Alijaj (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 666/2022).

Martina Zürcher (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 2. November 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 84 gegen 32 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1698. 2022/532

**Postulat von Rahel Habegger (SP), Selina Walgis (Grüne) und 20 Mitunterzeichnenden vom 02.11.2022:
«Massnahmenplan Kreislaufwirtschaft und soziale Innovation» mit konkreten Massnahmen zur aktiven Förderung von Projekten sowie zum weiteren Ausbau entsprechender Initiativen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Rahel Habegger (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 864/2022).

Walter Anken (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 16. November 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 93 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1699. 2022/535

**Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) vom 02.11.2022:
Senkung der Treibhausgasemissionen im Bereich des Textilien-Konsums pro Kopf**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Selina Walgis (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 867/2022).

Michael Schmid (FDP) begründet den von Flurin Capaul (FDP) namens der FDP-Fraktion am 16. November 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 60 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1700. 2022/539

**Postulat von Jürg Rauser (Grüne) und Yves Henz (Grüne) vom 02.11.2022:
Prüfung sämtlicher Verbrauchsmaterialien und Beschaffungen auf ihre Langlebigkeit und stoffliche Wiederverwertbarkeit sowie Umsetzung des Kreislaufprinzips in den städtischen Institutionen und Stiftungen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Jürg Rauser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 871/2022).

Walter Anken (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 16. November 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 74 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1701. 2022/566

Postulat von Julia Hofstetter (Grüne) und Patrick Tscherrig (SP) vom 16.11.2022: Angebot in den städtischen Verpflegungsbetrieben, Festlegung von pflanzenbasierten Menüs mit guter Ökobilanz als Standardoption

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Julia Hofstetter (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 940/2022).

Walter Anken (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 7. Dezember 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 73 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1702. 2023/198

Postulat von Severin Meier (SP), Anna Graff (SP) und 9 Mitunterzeichnenden vom 12.04.2023: Angebot eines bedürfnisorientierten Nachtnetzes in der Stadt unter der Woche

Von Severin Meier (SP), Anna Graff (SP) und 9 Mitunterzeichnenden ist am 12. April 2023 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, wie in der Stadt Zürich der öffentliche Verkehr auch unter der Woche nachts betrieben werden kann. Dabei sind verschiedene Konzepte auszuarbeiten, welche die Bedürfnisse der diversen Nutzer:innen berücksichtigen.

Begründung:

In der Stadt Zürich wird der öffentliche Verkehr nachts nur am Wochenende (Freitag auf Samstag und Samstag auf Sonntag) betrieben. Vergleichbare Städte wie Oslo oder Düsseldorf, aber selbst kleinere Städte als Zürich wie Ghent oder Cork kennen auch unter der Woche ein Angebot des öffentlichen Nachtverkehrs.

Ein unter der Woche nachts betriebener öffentlicher Verkehr bringt bedeutende Vorteile mit sich: Menschen, die sehr spät oder besonders früh zur Arbeit müssen bzw. von dieser nach Hause kommen, können anstatt einem Auto oder Taxi den öffentlichen Verkehr benutzen. Dies leistet einen Beitrag zur Erreichung des Ziels von Netto-Null Emissionen. Ausserdem trägt ein auch unter der Woche nachts zur Verfügung stehender öffentlicher Verkehr zur Belebung der Stadt bei – was gerade in der zwinglianischen grössten Stadt der Schweiz notwendig ist.

In den verschiedenen im Postulatsbericht auszuarbeitenden Konzepten soll aufgezeigt werden, welche Ausdehnung des öffentlichen Nachtverkehrs welchen Bedürfnissen der diversen Nutzer:innen entspricht: Von der Ausdehnung der Randzeiten für Schichtarbeitende mit entsprechender Linienführung bis zu den Bedürfnissen von Nachteulern und einer bedarfsorientierten Kombination der verschiedenen Nutzungsbedürfnissen.

Mitteilung an den Stadtrat

1703. 2023/199

Postulat von Michele Romagnolo (SVP) und Reto Brüesch (SVP) vom 12.04.2023: Personalmangel bei den Notfallorganisationen, Unterstützung der Mitarbeitenden zur Vermeidung vorzeitiger Altersrücktritte

Von Michele Romagnolo (SVP) und Reto Brüesch (SVP) ist am 12. April 2023 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Personen der Sicherheitsbereiche (Schutz & Rettung, Sanität und Polizei) dahingehend unterstützt werden können, dass sie nicht in den frühzeitigen Ruhestand gehen, um den aktuellen Engpass zu überbrücken. Dies zumindest für eine begrenzte Zeit, bis sich die angespannte Personalsituation etwas entschärft hat. Kurz vor der Rente stehende Personen in den erwähnten Sicherheitsbereichen sind noch relativ nah am Job und benötigen daher wenig Einarbeitungszeit. Neue Kräfte einzustellen dauert von der Rekrutierung bis zur Einsatzbereitschaft mehrere Jahre.

Begründung:

Wie bekannt ist, fehlt in den Notfallorganisationen in Zürich Personal. Durch die geplante Einführung einer 35-Stunden-Woche bei Schichtorganisationen wird das Lohnniveau 100 Prozent betragen. Aufgrund der geringen Anzahl an Arbeitsstunden ist eine Aufstockung der Stellen erforderlich.

Unabhängig vom Umfang des Stellenausbaus dauert es mindestens zwei bis drei Jahre, bis neues Personal in diesen Bereichen voll ausgebildet und einsatzbereit ist. Gleichzeitig hat der Stadtrat unverständlicherweise den frühzeitigen Ruhestand gefördert. Dadurch gehen hocherfahrene Beamte verloren.

Die derzeitige Praxis sieht vor, dass Beamte ab 58 Jahren in Frührente gehen können. Wer ab 60 Jahren in den Ruhestand geht, erhält von der Stadt einen Zuschuss für maximal fünf Jahre bis zur ordentlichen Rente. Die Beamten sollten durch einen Zuschuss motiviert werden, länger im Dienst zu bleiben. Diese Beamten wären vor Ort und sofort einsatzbereit. Auch wenn die meisten nicht mehr auf die «Strasse» gehen wollen, können sie zum Beispiel Anzeigen entgegennehmen, Ermittlungen durchführen oder im Innendienst tätig werden.

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

1704. 2023/200

Schriftliche Anfrage von Sandra Bienek (GLP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und 2 Mitunterzeichnenden vom 12.04.2023: Bekleidungs Vorschriften in den städtischen Schwimmanlagen, zusätzliche Regelungen zur bestehenden Badeordnung, gendergerechte Ausgestaltung und Kriterien zur Durchsetzung sowie Umsetzung einer allgemeingültigen Regelung hinsichtlich der Gleichbehandlung der Geschlechter

Von Sandra Bienek (GLP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und 2 Mitunterzeichnenden ist am 12. April 2023 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Mit der vorliegenden schriftlichen Anfrage wird der Stadtrat um Klärung bezüglich der derzeit geltenden Vorschriften in Sachen Bekleidung in Schwimmanlagen der Stadt Zürich gebeten. Die Anfragenden sind der Überzeugung, dass allfällig vorliegende Regelungen genderneutral ausgestaltet und umgesetzt werden müssen. Für anderes liegen keine sachlichen Gründe vor. Im Speziellen sollte keine Ungleichbehandlung bezüglich «oben-ohne» Baden vorliegen dürfen.

Die Badeordnung der öffentlichen Badeanlagen der Stadt Zürich vom Dezember 2010 (Badeordnung) regelt unter Ziff. 8 betreffend «Verhalten» in Abs. 2:

«Das Verhalten und die Badebekleidung darf das sittliche Empfinden nicht verletzen. Das Baden ist ausschliesslich mit ordentlicher Badebekleidung (inkl. Burkini) gestattet. Nacktbaden ist nur in den speziell dafür bezeichneten Zonen erlaubt.»

Das Badepersonal verfügt über die Kompetenz, Regelungen für die einzelne Badeanlage zu erlassen. Ziff. 3 Badeverordnung betreffend Anweisungen des Badepersonals lautet wie folgt:

«Das Badepersonal überwacht den Badebetrieb und ist befugt, aufgrund der örtlichen Verhältnisse jederzeit ergänzende Regelungen für die Nutzung der jeweiligen Anlage festzulegen und anzuwenden. Diesen Anweisungen muss vollumfänglich Folge geleistet werden. Bitte beachten Sie, dass solche Anordnungen stets im Interesse der Sicherheit und des Wohlbefindens unserer Gäste sowie eines geordneten Badebetriebes erfolgen.»

Sowohl die Auslegung der massgeblichen Bestimmung in der Badeordnung (insbesondere die Begriffe «sittliches Empfinden», «ordentliche Badebekleidung») sowie alsdann auch die durch das Badepersonal festgelegte Regelung haben den in Art. 8 Bundesverfassung (BV) garantierten Anspruch auf Gleichberechtigung nicht nur zu berücksichtigen, sondern zu verwirklichen. Der verfassungsrechtliche Anspruch darf nach der geltenden Rechtspraxis und anerkannten Doktrin nicht im Sinne von Art. 36 BV, mithin wegen öffentlicher Interessen oder zum Schutz von Grundrechten Dritter, eingeschränkt werden. Massgebend ist lediglich die Frage, ob ein sachlicher Grund besteht, welcher es rechtfertigt, von Ungleichem auszugehen.

Die Stadt Zürich geht auf unterschiedliche Bedürfnisse bezüglich «Körperkultur» ein, indem sie Lokalitäten anbietet, in welchen bezüglich der Badebekleidung unterschiedliche Regeln getroffen werden. Gerade in den Sommerbädern ist ein freizügigerer Umgang erlaubt. Das «oben-ohne Sünnele» auf den Aufenthalts- und Liegeflächen sowie der «oben-ohne Schwumm» in den Gewässern und Schwimmbecken sei erlaubt. Auch das Tragen von Tangas und Microkinis sei möglich.

Anders ist indessen die Handhabe in Hallenbädern. Hier soll sich gemäss der Auskunft des Badepersonals eine «sportliche Atmosphäre» durchsetzen. Alle Badegäste hätten beim Baden Badekleider oder Badehosen zu tragen. Die Badehosen dürften knapp sein, müssten aber Genitalien und die Spalte zwischen den Gesässbacken bedecken.

«Frauen» würden in Hallenbädern zusätzlich eine Badebekleidung tragen müssen, welche ihre Brüste bedecken. Ein «Bikini-Oberteil» würde genügen. Wie gross die Abdeckungsfläche mindestens sein müsse, sei unklar. Zumindest müssten aber die Brustwarzen grosszügig abgedeckt sein. Eine Orientierung sei die «Badetenue-Mode», wie sie «üblicherweise» im Handel erhältlich sei. Die Regelung gelte sowohl während der allgemeinen Öffnungszeiten als auch während des sogenannten «Frauenschwimmens», zu welchem nur «Frauen» zugelassen seien.

Es wäre fraglich, wenn eine Sonderbehandlung von «Frauen» in Hallenbädern vorliegen würde. Schliesslich liegt die sportliche Betätigung im Vordergrund. Im Schwimmbecken befinden sich primär aktiv schwimmende menschliche Körper. Diese haben unterschiedliche Posturen. Neben vieler anderer Merkmale weisen die einen im Brustbereich eine grössere oder kleinere Wölbung auf, sei es aufgrund von Fettgewebe, Muskelmasse, Brustdrüsen, Implantaten oder Mastektomie.

Die Kleidervorschriften können für alle Geschlechter gleich ausgestaltet werden. Immerhin sollten alle frei entscheiden dürfen, was sie von Badehose über Badekleid bis Burkini tragen möchten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Bestehen neben der Badeordnung weitere Regelungen hinsichtlich der Bekleidung in den Schwimmanlagen der Stadt Zürich?
2. Sind diese Regelungen genderneutral ausgestaltet?

Sofern die Regelungen nicht genderneutral ausgestaltet sind beziehungsweise umgesetzt werden, reichen wir ergänzend die folgenden Anfragen ein:

3. Wie wird die Ungleichbehandlung erklärt?
4. Wie, insbesondere anhand welcher Körpermerkmalen oder anderer Kriterien, setzt das Badepersonal die Badeordnung und allfällige weitere Regelungen durch?
5. Wäre es möglich, hinsichtlich der Gleichbehandlung der Geschlechter eine allgemeingültige Regelung in der Stadt Zürich festzuhalten und umzusetzen?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n**1705. 2023/97**

Dringliche Schriftliche Anfrage von Walter Angst (AL), Marco Denoth (SP) und 48 Mitunterzeichnenden vom 01.03.2023:

Zwischennutzung der Personalhäuser des Triemli, Ergebnisse des Ideenwettbewerbs und der Variantenstudie, Angaben zu den weiteren Nutzungen gemäss baulicher Entwicklungsstrategie und zur Bedeutung hinsichtlich der Weiterentwicklung des Stadtspitals, Zeitpunkt des geplanten Abrisses der Personalhäuser B und C, Szenarien für die Zwischennutzung bzw. den Erhalt der Personalhäuser, Möglichkeit der Freigabe der Personalhäuser für eine strategische Gebäudeerneuerung sowie für eine befristete Abgabe im Baurecht

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 888 vom 29. März 2023).

1706. 2023/98

Dringliche Schriftliche Anfrage von Andreas Egli (FDP), Claudio Zihlmann (FDP) und 37 Mitunterzeichnenden vom 01.03.2023:

Besetzung des Koch-Areals und Ausschreitungen vor der Räumung, Einleitung strafrechtlicher Abklärungen, Reinigungs- und Entsorgungsaufwand von ERZ, Verrechnung der Kosten für die campierenden Personen auf dem Hardturmareal, Verhinderung der Besammlung bei vergleichbaren unbewilligten Demonstrationen, Deckung der Schäden durch die Stadt und mögliche kritische Gesamtschau zur Besetzung des Koch-Areals

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 886 vom 29. März 2023).

1707. 2023/99

Dringliche Schriftliche Anfrage von Stephan Iten (SVP), Derek Richter (SVP) und 30 Mitunterzeichnenden vom 01.03.2023:

Demonstrationsumzug vom 25. Februar 2023, Hintergründe zur Annahme eines friedlichen Verlaufs und zu den fehlenden Personalressourcen, Ausmass des Schadens für das betroffene Gewerbe, Sicherstellung der freien Meinungsäusserung für alle Gruppierungen und Wahrung der Verhältnismässigkeit sowie Gründe für die wenigen Festnahmen

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 887 vom 29. März 2023).

1708. 2022/307

Weisung vom 06.07.2022:

Tiefbauamt, Projekt Bahnhof Altstetten, Ersatzneubau Personenunterführung und Neubau Velostation, neuer Projektierungskredit aufgrund wesentlicher Zweckänderung

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 18. Januar 2023 ist am 27. März 2023 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 19. April 2023.

1709. 2022/336

Weisung vom 13.07.2022:

**Tiefbauamt, Strassenbauprojekt Altstetterstrasse, Neugestaltungsmassnahmen,
neue einmalige Ausgaben**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom
18. Januar 2023 ist am 27. März 2023 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 19. April 2023.

Nächste Sitzung: 19. April 2023, 17 Uhr.